

Das Rostocker Magazin „Stadtgespräche“ hatte im Frühjahr 2024 einen Infofilm erstellt und zusammen mit weiteren Informationen zum Thema „Bürgerbeteiligung“ unter www.stadtgespraeche.org/bb.php allen Parteien und Wählervereinigungen zugänglich gemacht, die im Juni zur Kommunalwahl antreten. Anschließend sind die Parteien zu ihren jeweils konkreten Vorstellungen dazu für Rostock gefragt worden. Hier finden Sie die Antworten.

Vielen Dank, dass Sie uns kontaktiert haben. Das von Ihnen bereitgestellte Video über Bürgerbeteiligung ist sehr gelungen und es werden die verschiedenen Aspekte von gelingender Bürgerbeteiligung gut dargestellt. Unserer Ansicht nach ist jedoch schon das Wort Bürgerbeteiligung problematisch. Das Wort Beteiligung impliziert eine unterwürfige bzw. untergeordnete Rolle der Bürger. Eigentlich sind sie von Entscheidungen ausgeschlossen, sie werden aber „gütigerweise“ ein bisschen beteiligt. Dabei sind doch die Bürger der Souverän der Stadt. Alle Institutionen - seien es die Verwaltung oder die Bürgerschaft - sind Beauftragte der Bürger. Daher sollte es mindestens Bürgermitbestimmung heißen oder Bürgerselbstbestimmung. Die Gestaltungshoheit sollte bei den Bürgern der Stadt liegen und nicht bei einer kleinen Machtelite. Natürlich geht es nicht ganz ohne repräsentative Elemente in einer Demokratie, die Bürger sollten aber wesentlich in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse miteinbezogen werden. Bei schon vorhandener Bürgerbeteiligung wie beispielsweise der Entscheidung über die Straßenbahnerweiterung nach Reutershagen ist die Richtung bereits vordefiniert: Es wird nicht entschieden, ob die Straßenbahn überhaupt erweitert werden soll, sondern nur noch, wie. Bislang beteiligen sich nur wenige Bürger am politischen Leben unserer Hansestadt. Das hat vielfältige Ursachen, die auch nicht alle sofort abgestellt werden können. Man muss auch anerkennen, dass aufgrund historischer Entwicklung die Demokratiefähigkeit der Bürger - also der Wille zur Mitgestaltung - noch nicht so stark ausgeprägt ist und daher viele Mitbestimmungsangebote gar nicht wahrgenommen werden. Eins ist aber sicher: Wenn jeder Haushalt regelmäßig eine Tüte Papier in den Briefkasten bekommt mit Unterlagen für einen verbindlichen Bürger-Entscheid bei wichtigen Themen, beteiligen sich prozentual viel mehr Bürger. Wie in der Schweiz. Wir hoffen auf einen gesellschaftlichen Wandel, dass die Menschen sich mehr verantwortlich für Ihre Umgebung fühlen und sie mitgestalten wollen. Nun zur Beantwortung Ihrer Fragen:

1. Welche Aussage des von uns bereit gestellten Film ist aus Ihrer Sicht die wichtigste? Gibt es darin auch Aussagen, denen Sie in dieser Form nicht zustimmen würden – und wenn ja, warum nicht?

Die wichtigsten Aussagen sind unserer Ansicht nach die frühzeitige Einbindung der Bürger in Gestaltungsprozesse und die verbindliche Ergebnisverwendung. Natürlich darf eine Qualifizierungsphase, in der verschiedene Experten und Perspektiven zu Wort kommen, auch nicht fehlen, um qualifizierte Urteile abgeben zu können. Nicht zustimmen können wir der Aussage: „Bürgerbeteiligung ist kein Ersatz für parlamentarische Prozesse.“ Diese Annahme ist genau der Grund, warum die Bürgerbeteiligung in Rostock (und an vielen anderen Orten der Welt) gescheitert ist. Alle bisher benutzten Formen der Bürgerbeteiligung haben keinerlei Verbindlichkeit für irgendeinen parlamentarischen Prozess. Sie sind „nice to have“ und laufen meist ins Leere,

denn die Abgeordneten sind laut Gesetz frei und unabhängig in ihrer Willensbildung. Ehe also nicht gesetzlich und verbindlich besser geregelt ist, ob und wie viel Einfluss die Bürgerbeteiligung in Kombination mit der repräsentativen Demokratie hat, wird sie scheitern und nur zu noch mehr Politikverdrossenheit führen.wird.

2. Wollen Sie in der kommenden Bürgerschaftslegislatur neue oder bestehende Formate der Bürger:innenbeteiligung nutzen, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen? Falls Ja: Welche Schritte planen Sie konkret – und inwiefern beinhaltet das auch eine Nutzung etablierter Beteiligungsformate?

Selbstverständlich wollen wir etablierte Formate nutzen und weiter stärken. Was noch fehlt, ist eine funktionierende Gesamtstruktur. Das fängt bei der Vernetzung aller Beteiligungsformate und Einbindung in Entscheidungsprozesse an und setzt sich bei verbindlichen satzungsrechtlicher Regeln fort. Die Schaffung eines modernen digitalen Bürgerportals, in dem die Bürger umfassend informiert werden und Mitgestaltung gelebt werden kann, ist zwingend erforderlich. Das „Format“ des Bürgerentscheids ist bereits streng geregelt und eine hohe Hürde. Was fehlt, ist die Hilfe des Rathauses dabei. Die Bürger müssen fast alles alleine machen.

Das systemische Konsensieren ist eine qualitativ hochwertige Entscheidungsfindungsmethode und wird auch in der Partei dieBasis laut Satzung angewendet. Dies kann auch für Entscheidungsprozesse in der Stadt Anwendung finden.

Bürgerversammlungen auf Ortsbeirats-Ebene haben sich in Rostock als erfolgreiches Mittel der Kommunikation bewährt. Die Partei dieBasis strebt an, diese beizubehalten und zu erweitern. Insbesondere fordern wir vierteljährliche Bürgerversammlungen für die gesamte Stadt in der Stadthalle, dem Ostsee-Stadion, der Messe-Halle oder unter freiem Himmel. Die Partei dieBasis fordert verbindliche Bürger-Entscheide über Großprojekte mit einem Entscheidungswert von 30 Millionen Euro. Wesentliche Entscheidungen bzw. Investitionen wie z. B. der Theaterbau, die Schwimmhalle oder die Hafen-Erweiterung müssen durch die Einwohner verbindlich legitimiert werden.

3. Wie kann sichergestellt werden, dass die Ergebnisse der Beteiligung auch wirklich genutzt werden?

Dies wird durch Regelungen in der Rostocker Satzung verbindlich festgeschrieben und durch Verträge und Beschlüsse ergänzt. Sollten auf Landesebene rechtliche Beschränkungen bestehen, soll auch dort auf die Erweiterung der Bürgermitbestimmung hingewirkt werden. Auch können die Parlamentarier, also die Abgeordneten der Bürgerschaft, eine freiwillige Selbstverpflichtung abgeben, nicht gegen die Ergebnisse von Bürgerbeteiligungen zu verstoßen.

4. Was braucht es noch, um mehr Bürger:innenbeteiligung für die politischen Entscheidungsprozesse der Stadt zu nutzen? Und was braucht es damit die gesetzlich festgeschriebene Kinder- und Jugendbeteiligung endlich auch in Rostock gelingt?

Erst einmal braucht es den politischen Willen der Bürgerschaft, die Bereitschaft der Stadtverwaltung und ein gesellschaftliches Klima des Mitgestaltungswillens. Wir brauchen nicht weitere Konzepte, Arbeitsgruppen und Gesprächskreise, sondern den Willen und die Bereitschaft zum Handeln. Einfach anfangen, es zu tun. Ausreden, etwas nicht zu tun, kann man immer finden. Jeder einzelne sollte wieder lernen, die Verantwortung für sein Handeln und das, was um einen herum geschieht, zu übernehmen.